

PRESSESTATEMENT

MedienInvestVG: Für die Kinos droht Entwertung des Kinostandorts Deutschland

Berlin, 13. Oktober 2026. Ohne die Kinos und ihre Verbände findet am 14. Oktober im Ausschuss für Kultur und Medien die öffentliche Anhörung zur Investitionsverpflichtung für Streamingdienste und Sender statt. Damit fehlt eine zentrale Perspektive auf die deutsche Filmwirtschaft und die Auswirkungen des geplanten Gesetzes, zumal auch die Fortführung des *Zukunftsprogramm Kino* zur Beratung steht, mit dem der Bund Investitionen in Kinos fördert. Die Verbände kritisieren eine Schieflage in Regulierung und Förderung, die sich hier fortsetzt, und fordern, die Kinos angemessen zu berücksichtigen.

Für sie ist der Ausschluss ein unmissverständliches Signal. Denn bisher stand der Kinofilm als wichtiger Bestandteil einer vielfältigen und vor allem unabhängigen deutschen Filmwirtschaft im Fokus der staatlichen Förderung. Dabei ging es immer auch um den kulturellen Mehrwert dieser Produktionen und deren Auswertung im Kulturrort Kino. Die Investitionsverpflichtung (*MedienInvestVG*) soll nun zusätzliche Investitionen der TV- und Streaming-Anbieter in audiovisuelle Werke sichern, die ohne verbindliche Vorgaben jedoch vorrangig auf deren digitalen Plattformen ausgespielt werden. Die Entwicklung fügt sich in ein Marktumfeld, das für die mittelständisch geprägte Kinolandschaft ohnehin herausfordernd ist - und verstärkt Tendenzen, denen die öffentliche Hand entgegenwirken sollte.

Für die Kinos droht mit dem vorliegenden Entwurf des *MedienInvestVG* die strukturelle Entwertung des deutschen Kinofilms sowie des Kinostandorts Deutschland. Das wäre ein kulturpolitisch fatales Signal und wirtschaftlich kurzsichtig. Denn Kinos sind der Schlüssel für eine wettbewerbsfähige deutsche Filmwirtschaft und ihr Potenzial ist gerade jetzt sichtbar: Sie erleben derzeit das stärkste Jahr seit der Pandemie, auch der deutsche Film erreicht im Kino so viele Menschen wie seit Jahren nicht mehr.

Hinzu kommt ein weiterer, für die Kinobranche relevanter Aspekt. Denn ein Versprechen des Koalitionsvertrags ist bisher unerfüllt: Die dringend benötigte Investitionsförderung durch das *Zukunftsprogramm Kino* ist im Haushaltsentwurf 2027 noch nicht vorgesehen. Die Kinoverbände fordern die Fortführung des Erfolgsmodells.